

Antrag Nr. 13-F-08-0057

Linke&Piraten

Betreff:

Stellung beziehen zu Vorgängen in den Dr. Horst-Schmidt-Kliniken und Verantwortung wahrnehmen!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 26.06.2013 -

Antragstext:

Es vergeht kaum eine Woche ohne neue Skandalnachrichten aus der HSK. Viele Befürchtungen der Privatisierungsgegner_innen wurden schneller wahr als gedacht. Oberbürgermeister, Klinikdezernent und Magistrat hüllen sich hierzu öffentlich in Schweigen. Als Mehrheitseignerin der HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH trägt die Landeshauptstadt Wiesbaden jedoch die Verantwortung für die Patient_innen und Mitarbeiter_innen der Kliniken.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

wie er Einfluss genommen hat auf

- die Absicht der HSK Servicegesellschaft der Betriebsratsvorsitzenden Christina Köhn zu kündigen, weil diese in einer Betriebsversammlung ihrer Pflicht als Betriebsrätin nachgekommen ist, an sie herangetragene Missstände zu thematisieren,
- die Absicht der HSK Servicegesellschaft 60 Leiharbeiter_innen einstellen zu wollen,
- die HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH, um die nach §123 Abs.1 HGO und §54 HGrG notwendige Beteiligung der HSK bei der vergleichenden Prüfung durch den Rechnungshof zu erreichen und warum diese Beteiligung von der HSK verweigert wurde;
- die hygienischen Bedingungen in den Kliniken,
- die Gewährleistung einer Notfallversorgung auf dem Gebiet der Augenheilkunde,
- die Planungen für einen Neubau („Gesundheitscampus“), der HSK und DKD an einen Standort zusammenführen soll.

Der Magistrat möge mitteilen, wer (welche Personen) aktuell die Interessen der Landeshauptstadt Wiesbaden in den Organen der HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH vertritt.

Wiesbaden, 27.06.2013

gez. Hartmut Bohrer
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Evelyn Zell
Fraktionsassistentin